

Haiti: zwischen politischer Krise und wirtschaftlicher Stagnation

Nissen, Astrid

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nissen, A. (1999). *Haiti: zwischen politischer Krise und wirtschaftlicher Stagnation*. (Brennpunkt Lateinamerika, 16). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444312>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 16

30. August 1999

ISSN 1437-6091

Haiti: Zwischen politischer Krise und wirtschaftlicher Stagnation

Astrid Nissen

Als im Oktober 1994 Präsident Jean-Bertrand Aristide nach dreijährigem Exil in den Vereinigten Staaten nach Haiti zurückkehrte, herrschte unter der Bevölkerung eine besondere Aufbruchstimmung. Endlich, so die weitverbreitete Hoffnung, sollte die wirtschaftliche Not der Menschen gelindert und den Tätern der zahllosen Menschenrechtsverletzungen der vergangenen Jahrzehnte der Prozeß gemacht werden. Heute, knapp fünf Jahre später, ist von dieser Euphorie nur noch wenig zu spüren. Haiti, immer noch das ärmste Land der westlichen Hemisphäre, steckt in einer Krise, die es an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht hat. Schwer durchschaubare Machtkämpfe der Mitglieder der politischen Klasse, die weit verbreitete Dysfunktionalität staatlicher Strukturen, eine weiterhin wirtschaftlich äußerst angespannte Lage, steigende Kriminalitätsraten sowie die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft prägen die politische Landschaft und stellen eine große Herausforderung für die Zukunft dar.

Der Weg in die politische Krise

Ende März 1999 gab der haitianische Präsident René Préval die Ernennung des ehemaligen Kultusministers Jacques Edouard Alexis zum Premierminister bekannt. Damit schien ein deutliches Zeichen zur Überwindung der politischen Krise gesetzt worden zu sein, die das Land in den vorangehenden 21 Monaten in einen Zustand der Lähmung versetzt hatte. Der unmittelbare Auslöser dieser Krise war der Rücktritt des Premierministers Rosny Smarth im Juni 1997 gewesen. Smarth hatte mit diesem Schritt auf die wachsende Kritik an dem neoliberalen Wirtschaftskurs seiner Regierung sowie die politischen Auseinandersetzungen über die Wahlen im April 1997 reagiert, bei denen ein Drittel der Senatoren sowie erstmals im ganzen Land die Gemeindeversammlungen (ASEC) zu wählen waren. Die Beteiligung an diesen Wahlen hatte bei nur rund fünf Prozent gelegen, und internationale Beobachter bemängel-

ten erhebliche Unregelmäßigkeiten. Während der Wahlrat (CEP) den Sieg weitgehend den Kandidaten der von Expräsident Aristide 1996 aus der Taufe gehobenen Partei *Fanmi Lavalas* zusprach, protestierte die Regierungspartei OPL gegen einen massiven und gezielten Betrug bei diesen Wahlen und forderte deren Annullierung sowie die sofortige Absetzung des Wahlrates, dem mangelnde Neutralität vorgeworfen wurde. Die Proteste blieben jedoch erfolglos. In den nachfolgenden Monaten wurde eine Reihe von indirekten Wahlen durchgeführt, bei denen die im April gewählten Gemeindeversammlungen die Parlamente der übergeordneten regionalen Einheiten bis hin zum Interdepartementalen Rat (*Conseil Interdépartemental*), eines der wichtigsten staatlichen Organe im Rahmen der Dezentralisierung, wählten.

In all diesen Gremien konnten die Mitglieder der *Fanmi Lavalas* nun eine deutliche Mehrheit für sich beanspruchen. Für die Mitglieder der OPL und anderer Oppositionsgruppen war dieser

Umstand äußerst brisant, da vor allem dem Interdepartementalen Rat laut Verfassung ein erhebliches Mitspracherecht bei der anstehenden erstmaligen Ernennung eines permanenten Wahlrats zuteilen soll. Unter den gegebenen Umständen mußte man davon ausgehen, daß auch dieses Organ von Aristides Anhängern dominiert werden würde. Vor allem die OPL meinte darin die drohende Verfestigung eines undemokratischen, hegemonialen oder gar diktatorischen Projektes zu erkennen.

Der Disput über diese Fragen verstärkte die seit 1995 deutlich sichtbaren Friktionen im Regierungsbündnis *Lavalas*. Damals hatten sich 2 Lager herausgebildet. Auf der einen Seite wurde ein moralischer Anspruch Aristides auf eine Verlängerung seiner Amtszeit als Präsident um jene drei Jahre geltend gemacht, die er im Exil verbracht hatte, während die andere Seite die verfassungsgemäße Durchführung von Präsidentschaftswahlen forderte. Nicht zuletzt aufgrund des massiven internationalen Drucks setzten sich die Befürworter neuer Wahlen durch, aus denen schließlich René Prével, ein enger Vertrauter Aristides, als Sieger hervorging. Mit diesem Schritt war am 7.2.1996 zwar erstmals die Machtübergabe von einem demokratisch gewählten Präsidenten zu einem nächsten gelungen, doch schon bald zeigte sich, daß Aristide auch weiterhin die zentrale Machtfigur im Land war, und die von ihm gegründete Partei gewann gegenüber der OPL schnell an politischem Terrain.

Machtpoker in Port-au-Prince

Für Präsident Prével stellte diese Konstellation von Beginn seiner Amtszeit an einen äußerst schwer zu bewältigenden Drahtseilakt dar. Er war in seiner Arbeit – vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik – immer wieder gezwungen, mühsam errungene Kompromißlösungen zu vertreten. Doch die Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1997 manifestierten den endgültigen Bruch jenes Bündnisses, welches 1990 den glorreichen Wahlsieg von Jean-Bertrand Aristide errungen und damit nach Jahrzehnten der Diktatur und autoritären Herrschaft den Grundstein für einen demokratischen Neuanfang Haitis gelegt hatte. Obwohl Prével offiziell weder der OPL noch der *Fanmi Lavalas* angehört, wurde ihm in der Folge der Auseinandersetzungen eine zu starke Parteilichkeit zugunsten von Aristide vorgeworfen. Die OPL, die seit 1998 den offiziellen Namen *Organisation du Peuple en Lutte* trägt, reagierte nach dem Rücktritt von Rosny Smarth mit einer konsequenten Blockadepolitik im Parlament, wo sie noch immer die Mehrheit hatte.

Durch diese Haltung wurde nicht nur die Verabschiedung dringend notwendiger Gesetze behindert, so zum Beispiel eines Gesetzes zur Reform des Justizwesens. Da mit Smarth auch zahlreiche Minister das Kabinett verlassen hatten, stand Haiti *de facto* ohne eine funktionsfähige Regierung dar. Die zahlreichen Versuche Prévals, einen neuen Premierminister zu ernennen, wurden gezielt torpediert, indem die Parlamentsmehrheit die nach der Verfassung notwendige Zustimmung versagte. Der erste Kandidat, Eric Pierre, ein Agrarökonom, der Haiti bei der Internationalen Entwicklungsbank in Washington vertrat, wurde aufgrund angeblicher Formfehler in der Bewerbung abgelehnt. Es wurde geltend gemacht, daß die fehlende Geburtsurkunde seines Großvaters sowie ein orthographischer Fehler in seiner eigenen Geburtsurkunde zu große Fragen über die wirkliche Identität offenließen und eine Kandidatur damit nicht möglich wäre. Auch der zweite Kandidat, Hervé Denis, ein Ökonom, Theaterschauspieler und Dramaturg, der 1993/94 unter Robert Malval Kultusminister gewesen war, scheiterte im Dezember 1997 an der fehlenden Zustimmung des Parlaments. Im Juli 1998 schlug Präsident Prével den Abgeordneten und Senatoren schließlich Kultusminister Jacques Edouard Alexis als Kandidaten vor. Nach zahllosen Verhandlungsrunden über die zukünftige Ausrichtung der Regierungspolitik sowie die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, in dem die OPL mindestens sechs der 15 Ministerposten für sich beanspruchte, gelang es Alexis schließlich, die erste Hürde des Einsetzungsverfahrens zu überwinden. Sowohl Abgeordnetenhaus als auch Senat stimmten der Nominierung zu. Doch dies war, wie gesagt, lediglich der erste Schritt. Nunmehr bestand die Herausforderung darin, sowohl die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts als auch eine allgemeine Regierungserklärung durch jeweils absolute Mehrheiten in beiden Häusern bestätigen zu lassen. Man kann nur darüber spekulieren, ob es Alexis tatsächlich gelungen wäre, bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Parlament das notwendige Abstimmungsergebnis zu erzielen, denn aufgrund eines anderen Ereignisses, welches in der beschriebenen Abfolge von politischen Krisen einen weiteren Höhepunkt darstellte, kam es nie zu diesem Votum.

Der Show-Down

Am 11. Januar 1999 verkündete Präsident Prével die Auflösung des Parlaments. Die gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen lieferte ihm das Wahlgesetz von 1995, in dem für die 46. Legisla-

ALAH	<i>Alliance pour l'Avancement d'Haiti</i> – Allianz für den Fortschritt Haitis
ASEC	<i>Assemblée de la Section Communale</i> – Gemeindeversammlung
BED	<i>Bureau Electoral Départemental</i> – Regionales Wahlbüro
CEP	<i>Conseil Électoral Provisoire</i> – Provisorischer Wahlrat
CIMO	<i>Compagnie d'Intervention et de Maintien de l'Ordre</i> – spezielle Einsatztruppe der Polizei
ECD	<i>L'Espace de Concertation Démocratique</i> – Gemeinsame Aktion für die Demokratie
ECOSOC	<i>Economic and Social Council</i> – Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
FADH	<i>Forces Armées d'Haiti</i> – haitianische Streitkräfte
FNCD	<i>Front National pour le Changement et la Démocratie</i> – Nationale Front für Veränderung und Demokratie
FRAPH	<i>Front pour l'Avancement et Progrès d'Haiti</i> – Front für den Fortschritt und die Entwicklung Haitis
KID	<i>Konfederasyon Inite Demokratik</i> – Vereinigte demokratische Konföderation
KONAKOM	<i>Congrès National des Mouvements Démocratique</i> – Nationaler Kongreß der demokratischen Bewegungen
MDN	<i>Mobilisation pour le Développement National</i> – Bewegung für die nationale Entwicklung
MICIVIH	<i>Mission Civile Internationale en Haiti</i> – Zivile Mission der Vereinten Nationen in Haiti
MIPONUH	<i>Mission de Police des Nations Unies en Haiti</i> – Polizeimission der Vereinten Nationen in Haiti
OPL	<i>Organisation Politique Lavalas (bis 1998)</i> – Politische Organisation Lavalas
OPL	<i>Organisation du Peuple en Lutte</i> – Organisation des kämpfenden Volkes
PANPRA	<i>Parti National Progressiste Révolutionnaire</i> – Fortschrittliche Nationalpartei der Revolution
PNH	<i>Police National d'Haiti</i> – haitianische Polizei
SWAT	<i>Special Weapons and Tactics</i> – Spezielle Waffen und Techniken
UNDP	<i>United Nations Development Programme</i> – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
USAID	<i>United States Agency for International Development</i> – Staatliche US-amerikanische Entwicklungsagentur

turperiode des haitianischen Parlaments eine verkürzte Amtszeit festgeschrieben worden war. Damit sollte der durch den Putsch von 1991 und die sich anschließende dreijährige Militärdiktatur durcheinandergeworfene Wahlrhythmus wieder hergestellt werden. Da in den Jahren 1997 und 1998 aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten nicht, wie eigentlich vorgesehen, Teilwahlen für die beiden Kammern des Parlaments durchgeführt worden waren, bedeutete die Entscheidung des Präsidenten, daß sowohl die Amtszeit aller 48 (von 83) noch verbliebenen Abgeordneten als auch die Amtszeit von 8 der 17 Senatoren, die in dem eigentlich 27köpfigen Oberhaus noch ein legitimes Mandat innehatten, beendet wurde.

Im Inland waren die Reaktionen auf diesen Paukenschlag gemischt. Schon am Morgen des 11. Januar hatten die *Fanmi Lavalas* sowie zahlreiche Bürgerinitiativen und *grassroots*-Organisationen zu Demonstrationen aufgerufen, mit denen die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung für Prévals Schritt verdeutlicht werden sollte. Mit einem massiven Polizeiaufgebot wurden die Demonstranten daran gehindert, die Bannmeile vor dem Parlamentsgebäude zu durchbrechen, in dem sich einige Parlamentarier zusammen mit ausländischen Diplomaten versammelt hatten. Während es draußen und in einigen Stadtteilen der Hauptstadt zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten kam, ließen verschiedene Führungspersonlichkeiten der OPL in Pressemitteilungen ihre Sicht der Dinge verkünden. Der Senatspräsident Edgar Leblanc sprach von einem unglaublichen Anschlag auf die demokratischen Institutionen. Der OPL-Senator Harry Marsan behauptete gar, es würde sich um

einen anti-demokratischen Plan handeln, den er (Préval) und Aristide seit langem vorbereitet hätten. Ein weiterer Parlamentarier sagte: „An diesem Tag ist Préval zu einem Diktator geworden“. Als die politische Stimmung bereits kurz vor dem Siedepunkt war, verkündete der Präsident am Abend des 11. Januar in einer Fernsehansprache, er würde nunmehr Alexis eigenmächtig zum Premierminister ernennen. Sie würden gemeinsam per Dekret regieren, um im Dialog mit verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften so schnell wie möglich zur Durchführung von Neuwahlen zu gelangen. Unter Verweis auf die Verfassung wies er nochmals die Ansprüche verschiedener Senatoren zurück, die im November des vorangehenden Jahres beschlossen hatten, ihre Amtszeit bis zum November 1999 zu verlängern. Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf Prévals Vorstoß waren vergleichsweise zurückhaltend. Die Europäische Union, einer der wichtigsten Partner Haitis in der Entwicklungszusammenarbeit, sowie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ließen verlauten, man hoffe trotz einiger Besorgnis über die jüngsten Ereignisse nunmehr bald Wahlen durchführen zu können. Wesentlich kritischer fiel die Stellungnahme einer Gruppe republikanischer Abgeordneter und Senatoren aus. Im Zuge einer allgemeinen Attacke gegen Clintons Außenpolitik gegenüber Haiti erkannten sie in dem Vorgehen der haitianischen Staatsführung eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie in der karibischen Region.

Neue Koalitionen

Die Bewegungen innerhalb der Parteienlandschaft im Anschluß an die Ereignisse im Januar 1999

vermitteln interessante Einblicke in die teilweise schwer durchschaubaren Machtverhältnisse in Haiti. Während es der *Fanmi Lavalas* mit der Unterstützung zahlreicher Basisorganisationen ganz offensichtlich gelungen ist, das eigene Mitgliederpotential auszubauen und dieses auch immer wieder in Demonstrationen zur Schau zu stellen, scheint die OPL nunmehr endgültig den Kontakt zu großen Teilen der Bevölkerung verloren zu haben. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erkenntnis und aus der Einsicht heraus, daß man nur mit Hilfe eines weitgespannten „Oppositionsbündnisses“ der scheinbaren Omnipotenz und -präsenz von Aristide und seiner Partei widerstehen könne, schlossen sich noch im Januar verschiedene Parteien zunächst zu einem Aktionsbündnis zusammen. In diesem Bündnis versammelten sich neben der OPL nicht nur gemäßigte Parteien, wie beispielsweise der FNCD, die KID oder der KONAKOM, sondern auch extrem rechtsgerichtete und neodualistische Parteien, wie die ALAH oder die MDN. Abgesehen von der gemeinsamen Motivation, die Rückkehr Aristides an die Macht zu verhindern, verbindet die meisten dieser Gruppierungen lediglich das strukturelle Merkmal der relativen Bedeutungslosigkeit. In der haitianischen Presse ist mit Bezug auf diese Gruppierungen häufig von *particles* die Rede. Etwas scherzhaft wird behauptet, daß keine dieser *one-man-shows* mehr als zehn Menschen unter einem Lampenmast vereinigen könne. Im Hinblick auf die Stärke der Parteibasis ist dieses Bild vielleicht statthaft. Doch es darf nicht vergessen werden, daß es sich hierbei häufig um Ableger der einflußreichen und finanzstarken haitianischen Bourgeoisie handelt, die ihr spezifisches Verhältnis zur Demokratie in der teilweise offenen Unterstützung des Militärputsches von 1991 deutlich zur Schau gestellt hatte.

Im Dialog zum Ziel?

Nachdem Alexis Ende Januar schließlich per Dekret in sein Amt eingesetzt worden war, riefen der neue Premierminister und Präsident Préval die Parteien zu mehr Dialogbereitschaft auf, um die politische Krise gemeinsam zu überwinden. Nach zahlreichen Sondierungsgesprächen bildete sich eine oppositionelle Kerngruppe, die gemeinsam mit Vertretern der OPL in Verhandlungen mit der Staatsführung über eine Übergangsregierung sowie die Modalitäten für die Parlaments- und Kommunalwahlen eintrat. Dieser Gruppe, die seitdem unter dem Namen *L'Espace de Concertation Démocratique* (ECD) auftritt, gehören folgende Parteien an: KID, KONAKOM, PAN-

PRA, Génération 2004 sowie Ayiti Kapab. Als am 1. März der OPL-Senator Jean-Yvon Tousseint auf offener Straße ermordet wurde, beschloß die Parteispitze, die weitere Teilnahme an den Verhandlungen mit Préval auszusetzen. Der Vorsitzende Gérard Pierre-Charles erklärte, dieser Mord sei die Fortsetzung der Offensive gegen das Parlament, und machte damit den Präsidenten für den Tod des Senators verantwortlich. Unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen setzten der ECD und Préval die Gespräche fort. Knapp eine Woche später unterzeichneten sie ein Abkommen, auf dessen Grundlage bis Ende März 1999 sowohl ein neuer provisorischer Wahlrat als auch eine Übergangsregierung unter Führung von Alexis eingesetzt werden konnten. Haiti verfügte damit erstmals seit 21 Monaten wieder über eine funktionsfähige Exekutive.

Obwohl die Vertreter der OPL bis kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens an den Verhandlungen beteiligt waren und der Oberste Gerichtshof Haitis die Klage gegen Prévals Beschluß, der zur Auflösung des Parlamentes geführt hatte, zurückgewiesen hatte, weigerte sich die Partei, den neuen Wahlrat anzuerkennen. Auch der Vereidigungszeremonie für die Kabinettsmitglieder blieb die Opposition fern. Die *Fanmi Lavalas* sowie ihr nahestehende Organisationen hatten sich zunächst positiv gegenüber der Entwicklung gezeigt, obwohl sie nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt waren. Doch die nur geringen Fortschritte bei der Vorbereitung der Wahlen ließen eine gewisse Unruhe innerhalb dieses Spektrums aufkommen. Als Alexis Anfang Mai schließlich die Privatisierung der staatlichen Zementfabrik bekannt gab, schien die Geduld der Gegner einer neoliberalen Wirtschaftspolitik endgültig am Ende. Als Übergangspräsident habe er nur eine Aufgabe: die Vorbereitung von Wahlen. Der Verkauf der Fabrik, die mit einer Produktionskapazität von mehr als 300.000 Tonnen Zement pro Jahr eine der größten in der Karibik ist, an ein schweizerisch-kolumbianisch-haitianisches Firmenkonsortium stelle eine irreguläre Ausweitung seines Mandats dar und sei daher nicht legitim. Doch diese Kritik schien an Alexis abzupralen. Vielmehr verkündete er, die Modernisierung – soll heißen Privatisierung – der Staatsbetriebe stelle eine unabdingbare Notwendigkeit dar, und er sei fest entschlossen, als nächstes die Nationale Hafenbehörde zu verkaufen. Dies war ein deutlich spürbarer Schlag ins Gesicht der *Fanmi Lavalas*, der durch den Mitte Juni verkündeten Beschluß des Wahlrates, die Ergebnisse der Wahlen vom April 1997 nicht anzuerkennen, noch verstärkt wurde. Mit dieser Entscheidung wurde auch die

umstrittene Wahl zweier Senatoren annulliert, die für die *Fanmi Lavalas* Sitze im Oberhaus errungen hatten. Die Partei protestierte lautstark gegen das Vorgehen und kündigte an, den Vorfall vor ein Gericht zu bringen, da der Wahlrat in einer eindeutig illegitimen Ausweitung seiner Kompetenzen gehandelt habe.

Ein neues Wahlgesetz

Nachdem bereits im Juni die groben Umriss eines Wahlgesetzes bekannt gegeben worden waren, dauerte es noch mal knapp einen Monat, bevor dieses Gesetz am 20. Juli 1999 im Staatsanzeiger veröffentlicht und damit rechtswirksam wurde. Danach sollen die Parlaments- und Kommunalwahlen in zwei Runden am 28. November sowie am 26. Dezember 1999 bzw. 3. Januar 2000 durchgeführt werden. Zur Wahl stehen alle 83 Sitze im Abgeordnetenhaus, 19 der 27 Sitze im Senat, 133 Bürgermeisterposten sowie mehrere Hundert Sitze in den Gemeindeversammlungen (ASEC). Um eine Wahlmanipulation zu erschweren, sollen erstmalig Wahlausweise mit einem Photo der Wahlberechtigten ausgegeben werden. Angesichts der schlechten Infrastruktur in den ländlichen Gebieten Haitis, wo es den staatlichen Autoritäten vielfach nicht einmal gelingt, Personalausweise oder Führerscheine auszustellen, ist diese Maßnahme äußerst umstritten. Doch abgesehen von der Kritik an einzelnen technischen Details verweigerte ein großer Teil der Parteien die Anerkennung des Gesetzes, da es ohne die notwendigen Unterschriften veröffentlicht worden war. Während die Mitglieder des Wahlrates versicherten, es habe sich hierbei um eine bedauerliche Panne gehandelt, sahen zahlreiche Oppositionsparteien darin ein gezieltes Manöver, um die Durchführung der Wahlen hinauszuzögern. Denn eine Zusammenlegung mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000, für die Aristide seine Kandidatur bereits angekündigt hat, würde mutmaßlich die Siegeschancen der *Fanmi Lavalas* steigern. Die allgemeine Verwirrung steigerte sich, als wenige Tage später eine redaktionell leicht überarbeitete Version des Textes erneut ohne Unterschriften veröffentlicht wurde. Während die Rechtsexperten des Landes noch über die Rechtmäßigkeit des so publik gemachten Gesetzes diskutierten, entbrannten an zwei weiteren Fronten politische Auseinandersetzungen. In Reaktion auf die Ernennung der Vorsitzenden der elf regionalen Wahlbüros (BED) beschuldigten sich die Parteien gegenseitig der mangelnden Neutralität im Wahlprozeß, fehlender Glaubwürdigkeit sowie der Inkompetenz in Verfahrensfragen. Einen zweiten

Streitpunkt stellte der Beschluß der US-amerikanischen Entwicklungsagentur (USAID) dar, den Auftrag zur Herstellung der rund vier Millionen benötigten Wahlausweise an eine kanadische Firma zu vergeben. Mitte August beschuldigte ein lokales Firmenkonsortium USAID, die gemäß einer Vereinbarung mit der Regierung die Finanzierung der Wahlausweise übernehmen sollte, das Ausschreibungsverfahren beeinflusst zu haben, um das einträgliche Geschäft gezielt in die Hände der kanadischen Firma zu spielen. Damit lastete eine weitere schwere Hypothek auf der ohnehin umstrittenen Maßnahme zur Einführung dieser Wahlausweise. Die spannende Frage bleibt, ob es dem CEP gelingen wird, in der nur kurzen Zeit das organisatorische Mammutprogramm zu bewältigen.

Wirtschaftliche Folgen der politischen Krise

In Anbetracht der notwendigen finanziellen Aufwendungen für die Durchführung der Wahlen in Höhe von rund US\$ 18,5 Mio. dürfte der haitianische Finanzminister Fred Joseph erleichtert auf die Ankündigungen verschiedener ausländischer Regierungen reagiert haben, die die großzügige Bereitstellung von finanziellen Mitteln für diesen Zweck in Aussicht gestellt haben. Während die japanische Regierung dem Wahlrat beispielsweise Zuschüsse von insgesamt US\$ 200.000 zusicherte, zahlte die US-amerikanische Regierung rund US\$ 3,5 Mio. als Soforthilfe und machte weitere Zahlungen von sichtbaren Fortschritten bei der Überwindung der Schwierigkeiten im Vorfeld der Wahlen abhängig. Doch auch über die Unterstützung des Wahlprozesses hinaus bewirkten die beschlossenen Maßnahmen die Freigabe von dringend benötigten Entwicklungshilfegeldern sowie die Bewilligung von neuen Krediten. Die Europäische Union unterzeichnete zwei Verträge mit einem Gesamtvolumen von US\$ 28,6 Mio., die für die Durchführung von Ausbildungsprogrammen sowie für ländliche Entwicklungsprojekte bestimmt sind.

Unmittelbar nach der Rückkehr Aristides nach Haiti hatten die internationalen Geberinstitutionen und die haitianische Regierung 1994 ein wirtschaftliches Soforthilfeprogramm (*Emergency Economic Recovery Program*) beschlossen, welches weitgehend die klassischen Merkmale eines Strukturanpassungsprogramms trug. Die unmittelbare Armutsbekämpfung sollte durch ein gezieltes Wirtschaftswachstum erreicht werden. Als Motor für diese Entwicklung hatte man auch in Haiti die Fertigungsindustrie auserkoren, da in diesem Wirtschaftssektor vor der Machtübernah-

me durch die Militärjunta bereits bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden waren. Doch bis Ende 1998 standen in diesem Bereich lediglich wieder 22.600 Arbeitsplätze zur Verfügung. Im Vergleich zu den rund 44.000 Beschäftigten vor 1991 ist diese Entwicklung trotz einer zunehmenden Diversifizierung des Sektors und einer zunehmenden Anzahl von Firmengründungen nicht gerade überzeugend. Eine nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors, der für rund zwei Drittel der Bevölkerung die Lebensgrundlage bietet, war für die Wirtschaftspolitik offensichtlich nur von zweitrangiger Bedeutung. Vermehrt machte die Bevölkerung durch Demonstrationen und Aufrufe zum Streik ihrem Ärger über die verfehlte Ausrichtung der Politik und die immer noch katastrophalen Lebensumstände Luft.

Wie bereits erwähnt, war nicht zuletzt auch die wachsende Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Smarth ein Anlaß für den Rücktritt des Premierministers. Die internationale Gemeinschaft reagierte auf den sich anschließenden politischen Stillstand mit der Zurückhaltung oder gar Einstellung finanzieller Hilfen. Nach vorsichtigen Schätzungen büßte Haiti mindestens US\$ 300 Mio. ein. Die dadurch entstandene Belastung der Zahlungsbilanz konnte laut einer Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch substantiell anwachsende Überweisungsleistungen der im Ausland lebenden Haitianerinnen und Haitianer abgemildert werden. Auf der makroökonomischen Ebene konnte zwar die Inflationsrate auf etwa elf Prozent gehalten werden, und die wirtschaftliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts verdoppelte sich 1998 im Vergleich zum Vorjahr aufgrund einer günstigen Entwicklung bei den Exporten auf 2,5%. Das Haushaltsdefizit wuchs jedoch nach einer leichten Erholung im Vorjahr um 1,8 Prozentpunkte auf fast 2,5% des Bruttosozialprodukts. Auch das Handelsdefizit sowie die Staatsverschuldung zeigten einen ansteigenden Trend. Aufgrund insgesamt eher stagnierender Wirtschaftsdaten änderte sich auch nur wenig an den sozioökonomischen Kennziffern Haitis, welches nach den neuesten Daten im Bericht über die menschliche Entwicklung des UNDP (*United Nations Development Programme*) auf Platz 152 des *Human Development Index* steht. Die erschreckenden Fakten lauten:

- Die allgemeine Lebenserwartung liegt bei nur 54 Jahren.
- Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei US\$ 250.
- Drei Viertel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu fließendem Wasser.

- Die geschätzte Arbeitslosenquote nähert sich der 70%-Marke.
- Die Analphabetenrate liegt bei fast 50%.
- Nur 3% der ländlichen Bevölkerung verfügen über Elektrizität.
- Im ganzen Land gibt es weniger als 100.000 Telefonleitungen.
- 80% der ländlichen Bevölkerung leben in absoluter Armut.
- 45% der Kinder im schulpflichtigen Alter haben niemals eine Schule besucht.
- 35% der Kinder unter fünf Jahren in ländlichen Gebieten leiden unter nahrungsbedingten Mangelerscheinungen.
- Die Kindersterblichkeit in ländlichen Gebieten liegt bei 144 zu 1.000.

Rechtsstaat und Menschenrechtsentwicklung

Auch im Hinblick auf die Entwicklung der Menschenrechtssituation muß für die zurückliegenden Monate eine negative Bilanz gezogen werden. *L'insécurité* (Unsicherheit), mit diesem Stichwort wird in Haiti auf die dramatisch ansteigende Kriminalitätsrate sowie die wieder vermehrt auftretenden Fälle politisch motivierter Gewalt verwiesen, wobei der Übergang zwischen beiden Phänomenen teilweise fließend ist. Vor dem Hintergrund der immer noch nur schleppend vorankommenden Reform des Justizsystems sowie der relativen Unerfahrenheit der haitianischen Polizei (PNH) ist diese Entwicklung durchaus besorgniserregend. Bereits im Dezember 1997 hatte die Kommission zur Vorbereitung einer Rechts- und Justizreform nach zehnmonatiger Arbeit einen umfangreichen Bericht vorgelegt, in dem die Reformschritte mit Unterstützung der Europäischen Union und der zivilen UNO-Mission in Haiti (MICIVIH) herausgearbeitet worden waren. Um die Vorschläge umsetzen zu können, bedarf es jedoch zunächst der Verabschiedung eines Gesetzes über die Justizreform, welche durch die Lähmung des Parlamentes seit Juni 1997 bislang verhindert wurde. Damit bleibt die Bevölkerung des Landes auch weiterhin – vor allem in den Bereichen der Strafverfolgung und des Strafvollzugs – mit dem Problem mangelnder Rechtssicherheit konfrontiert. Ähnlich verhält es sich mit den Empfehlungen der Nationalen Wahrheitskommission, die noch auf Initiative Aristides im Dezember 1994 eingesetzt worden war, um die massiven Menschenrechtsverletzungen in der Zeit zwischen dem 29. September 1991 und dem 15. Oktober 1994 zu untersuchen. Der Bericht, der der Regierung im Februar 1996 übergeben worden war, dokumentiert rund 19.000 Fälle massiver Men-

schenrechtsverletzungen und nennt die Namen von Verantwortlichen. Doch bislang hat die Veröffentlichung dieser Fakten nur in wenigen Fällen zu einer gerichtlichen Verfolgung geführt, und die allgemeine Straflosigkeit bei Verbrechen zieht eine wachsende Ablehnung der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Institutionen nach sich.

International für Aufsehen sorgt auch weiterhin eine Initiative verschiedener Menschenrechtsorganisationen zur Rückführung von Dokumenten über die Verbrechen der paramilitärischen FRAPH sowie der haitianischen Armee (FADH). Diese Unterlagen, darunter zahlreiche Audio- und Videokassetten, die in einem Prozeß ein wichtiges Beweismittel darstellen würden, befinden sich seit 1994 im Besitz US-amerikanischer Sicherheitskräfte, die das Material kurz nach der Ankunft der multinationalen Eingreiftruppe in Port-au-Prince im September 1994 beschlagnahmt hatten. Trotz einer weitreichenden Kampagne, an der sich auch der unabhängige Experte der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, Adama Dieng, beteiligt, verweigert Washington bislang die Herausgabe. Dieses Verhalten sowie die Begründung, die Dokumente könnten erst dann an Haiti zurückgegeben werden, wenn alle darin enthaltenen Namen von US-Bürgern unkenntlich gemacht worden seien, sind nicht dazu geeignet, die weitverbreiteten Gerüchte und Spekulationen über eine amerikanische Verwicklung in die Verbrechen dieser Organisationen zu widerlegen.

Wie bereits erwähnt, werfen auch der Zustand sowie der Umgang mit Gewalt und Verbrechen der neuen haitianischen Polizei kritische Fragen auf. So wurden für das Jahr 1998 insgesamt 423 Fälle bekannt, in denen das polizeiliche Gewaltmonopol mißbraucht wurde. Besonders häufig kam es zu Vorfällen im Umfeld der speziellen Eingreiftruppe CIMO. Es handelt sich dabei um eine sogenannte SWAT-Einheit, die von US-amerikanischen Trainern ausgebildet und ausgerüstet wird. Menschenrechtsorganisationen haben bereits mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß die Art der Bewaffnung dieser Gruppe gegen das haitianische Polizeigesetz verstößt, welches das Tragen schwerer Waffen verbietet. Doch auch bei der normalen Polizei ist es schon mehrfach zu Übergriffen gekommen, und die Verwicklung in Korruption und Drogenhandel stellt ein schwerwiegendes Problem dar.

Zu einem besonders gravierenden Fall kam es am 28. Mai 1999, als in Carrefour Feuilles, einem Stadtteil von Port-au-Prince, elf Menschen von Polizisten regelrecht hingerichtet wurden. Anwohner des Viertels hatten die Polizei gerufen, um gegen eine Gruppe randalierender Jugendlicher

vorzugehen. Nach Augenzeugenberichten verhafteten die Polizisten zunächst drei Männer und luden diese auf ein Polizeifahrzeug. Kurze Zeit später wurden die Verhafteten zusammen mit acht weiteren Personen, die zufällig vor Ort des Geschehens waren, erschossen. Nach Bekanntwerden dieses Massakers versuchte die Polizeiführung zunächst, alle Schuld von sich zu weisen und behauptete, die Menschen seien bei Auseinandersetzungen rivalisierender Banden ums Leben gekommen. Doch die Indizien waren zu eindeutig, und wenige Tage später bekannte man sich zu dem Vorfall. Der Polizeichef von Port-au-Prince, Jean-Colls Rameau, den Zeugen eindeutig als einen der Täter identifiziert hatten, floh in die Dominikanische Republik, wo er am 3. Juni verhaftet wurde, als er gerade versuchte, das Land an Bord eines US-amerikanischen Flugzeuges zu verlassen. Er wurde sofort an Haiti ausgeliefert und sitzt seitdem zusammen mit fünf weiteren Offizieren, die an der Tat beteiligt gewesen sein sollen, in Haft. Die Bevölkerung machte ihrem Unmut über diesen und andere Vorfälle bei zahlreichen Demonstrationen Luft und forderte wiederholt den Rücktritt des Justizministers Camille Leblanc, des Staatssekretärs im Justizministerium, Robert Manuel, sowie weiterer Führungspersönlichkeiten innerhalb der Polizei. Doch die Untersuchungen einer eigens eingesetzten Kommission kommen nur schleppend voran. Von einigen der Mittäterschaft beschuldigten Polizisten fehlt noch immer jede Spur.

Was wird die Zukunft bringen?

Dieser Überblick über Ereignisse und Zusammenhänge der jüngsten Entwicklungen in Haiti verdeutlicht, wie zahlreich und komplex die Probleme sind, deren Lösung in der Zukunft eine verstärkte Aufmerksamkeit seitens aller gesellschaftlichen Kräfte geschenkt werden sollte. Im Hinblick auf die benannten Defizite im Bereich der Menschenrechte scheinen zwei Faktoren von besonderer Bedeutung:

- Aufgrund der instabilen Lage sollte die internationale Gemeinschaft eine weitere Verlängerung der Mandate sowohl für die Stationierung der MIPONUH und die Durchführung von polizeilichen Ausbildungsprogrammen als auch für die MICIVIH in Erwägung ziehen. In beiden Fällen läuft das Mandat Ende 1999 aus (30. November für die MIPONUH bzw. 31. Dezember für die MICIVIH). Gerade in bezug auf die Übertragung von Aufgaben der MICIVIH an haitianische Institutionen scheinen die Vorbereitungen für den endgültigen Abzug der Mission noch nicht so weit fortgeschritten zu

sein, als daß ein reibungsloser Übergang möglich wäre.

- Sowohl die derzeitige Übergangsregierung unter Premierminister Alexis als auch die nachfolgende Regierung, die ihr Amt vermutlich noch im Jahr 2000 antreten wird, müssen verstärkte Anstrengungen im Bereich des Justiz- und Sicherheitsapparats machen. Sollte dies nicht geschehen, steht zu befürchten, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen weiter abnimmt und Selbstjustiz sowie ein unkontrollierter Gebrauch von Gewalt vermehrt auftreten werden.

Die Wirtschaftsdaten Haitis zeigen, daß auch in diesem Bereich ein enormer Einsatz gefordert ist, den das Land aus eigener Kraft nicht leisten können. Es ist fast müßig zu argumentieren, daß ein Beharren auf rigiden Strukturanpassungsprogrammen seitens der Geberinstitutionen nicht in jedem Fall positive Entwicklungen zeitigt. Wie die Kritik und der wachsende Protest an der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Haiti deutlich zeigt, muß es einem Staat ermöglicht werden, im Rahmen der lokalen Gegebenheiten und der spezifischen Bedürfnisse mit mehr Spielräumen zu agieren. Für Haiti stünde damit sicherlich zunächst die Umsetzung eines umfassenden und nachhaltigen Entwicklungsprogramms für die ländlichen Gebiete im Vordergrund, wo rund zwei Drittel der Gesamtbevölkerung leben. Die mangelnde Infrastruktur außerhalb der Städte stellt nach wie vor eine der schwerwiegendsten Hypothesen für die Zukunft dar. Das langfristig angelegte Entwicklungsprogramm, welches der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) im Juli 1999 für Haiti vorgeschlagen hat, könnte in diesem Bereich wichtige Impulse geben.

Alle Forderungen und guten Wünsche können nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen

werden. In erster Linie ist damit natürlich eine demokratisch legitimierte Exekutive und Legislative gemeint. Das Gerangel um Posten und Einfluß in den vergangenen Monaten hat deutlich gezeigt, daß nur eine gleichberechtigte Partizipation aller politischen Kräfte an der Macht eine zu starke Polarisierung verhindern kann. Dies setzt sowohl Dialog- als auch Kompromißbereitschaft bei den Beteiligten voraus und erfordert ein hohes Maß an Flexibilität. Die Durchführung von fairen und freien Wahlen ist ein erster wichtiger Schritt, doch die eigentliche Bewährungsprobe stellt sich im alltäglichen Umgang mit den Problemen und der gemeinsamen Suche nach Lösungen. Diese Aufgabe können wohl nur die Haitianerinnen und Haitianer selbst lösen.

Quellen im Internet

Amnesty International 1998: *Haiti: Still Crying out for Justice*, Amnesty International Report AMR 36/02/98 (<http://www.amnesty.org/ailib/aipub/1998/AMR/23600298.html>)

Dieng, Adama 1999: *Intervention orale sur la situation des droits de l'homme en Haïti*, Commission des droits de l'homme des Nations Unies, 55ième session, Genève, 22 avril 1999 (<http://www.chrd.org/ada99.htm>)

Interamerican Development Bank 1998: *Haiti* (<http://www.iadb.org/regions/re2/sep/ha982.html>)

Morrell, James R./Neild, Rachel/Byrne, Hugh 1999: *Haiti and the Limits to Nation-Building*, (<http://www.us.net/cip/chistory.html>)

Auswahl allgemeiner Informationsquellen zu Haiti im Internet:

Agence Haitienne de Presse (<http://www.ahphaiti.org/>)

Centre Haïtien de Recherches et de Documentation (<http://www.chrd.org/>)

Haiti Online (<http://www.haitionline.com/>)

Haiti Orientation (<http://ht.orientation.com/>)

SICRAD (<http://rehred-haiti.net/membres/crad/sicrad/index.html>)

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/iik>